

30 Jahre Mauerfall – Demokratie und Marktwirtschaft

Festrede des Landtagspräsidenten Dr. Matthias Rößler zum Abendempfang im Rahmen der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik (VfS) am 24. September 2019 in Leipzig

Sehr geehrte Frau Geschäftsführerin Frenz,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Bonew,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich habe mich sehr über Ihre Einladung gefreut, liebe Frau Frenz, lieber Professor Schnabl. Gern bin ich heute zu Ihnen nach Leipzig gekommen, in die sächsische Handels- und Universitätsstadt, von deren einstiger und heutiger Größe der Ort dieses Empfangs zeugt, das Neue Rathaus. Ich kann gar nicht sagen, ob der ehrwürdige Verein für Socialpolitik in seiner langen Historie vor den großen Kriegen schon einmal in Leipzig eine Jahrestagung abgehalten hat. Nach dem Zweiten Weltkrieg ist es wohl das erste Mal, dass Sie hier in Sachsens größter Stadt zusammenkommen.

Leipzig ist aus mindestens zwei Gründen eine erlesene Wahl für ihre Jahreskonferenz. Einerseits, weil Leipzig seit jeher ein herausragender Handelsplatz und Wissenschaftsstandort ist. Im Jahr 1409 wurde die Universität Leipzig gegründet. Hier studierten oder lehrten zahlreiche bekannte Mitglieder des Vereins für Socialpolitik, darunter Karl Bücher, Franz Eulenburg, Friedrich

Naumann, Max Sering oder Ferdinand Tönnies. Seit Jahrhunderten ist die Stadt ein internationaler Messestandort, ein Zentrum des Wirtschaftens.

Andererseits passt Ihr Thema „30 Jahre Mauerfall – Demokratie und Marktwirtschaft“ sehr gut zu Leipzig. Im Herbst 1989 traten in dieser „Heldenstadt“ mutige Frauen und Männer im Angesicht der Diktatur für Demokratie und Freiheit ein. In Leipzig beweisen seit 1990 Demokratie und Soziale Marktwirtschaft, welche Prosperität sie zu schaffen in der Lage sind.

Meine Damen und Herren, der 24. September vor 30 Jahren war ein Sonntag. Die Menschen hinter dem Eisernen Vorhang standen vor einer Zeitenwende. In der berühmten Leipziger Nikolaikirche predigte Christoph Wonneberger, was uns heute als unverbrüchlich gilt: „Staatliche Gewalt muss effektiv kontrolliert werden – gerichtlich, parlamentarisch und durch uneingeschränkte Mittel der öffentlichen Meinungsbildung.“ Am Folgetag beteiligten sich an der Montagsdemonstration in Leipzig schon über 5000 Menschen. Alles passierte vor Polizeiketten, begleitet von willkürlichen Verhaftungen.

Ich erinnere mich noch ganz genau an diese Tage. Am 8. Oktober 1989 gelang in Dresden die erste Großdemonstration, am 9. Oktober zogen 70.000 Menschen friedlich demonstrierend durch die Leipziger Innenstadt. Die bis an die Zähne bewaffnete Staatsgewalt griff nicht mehr ein. Die in der DDR stationierten Sowjetsoldaten blieben in ihren Kasernen. Michail Gorbatschow sei Dank!

In den kommenden Wochen riefen Hunderttausende nach Freiheit, Demokratie und Wohlstand. Die Menschen in der DDR wollten 1989 nicht mehr in einer Diktatur, in einer Mangelwirtschaft leben. Kurz: Sie wollten leben wie im Westen.

Meine gesamte Familie ging von Anfang Oktober 1989 an jeden Montag in Dresden auf die Straße. Ein Schlüsselerlebnis dieser Zeit war für mich der Besuch Helmut Kohls in Dresden im Dezember 1989. Als der Kanzler vor der Ruine der Frauenkirche sprach, umgeben von einem Meer aus Deutschland- und Sachsen-Fahnen, war den meisten klar, dass die Wiedervereinigung kommt.

Das gab auch mir den entscheidenden Schub, mich stärker politisch zu engagieren. In der Folge schufen wir in Sachsen gegen den Widerstand der alten Machthaber demokratische Strukturen. Der Freistaat Sachsen kehrte am 3. Oktober 1990 in die deutsche Geschichte zurück.

Was ich hier anreißer, das hätte alles auch anders kommen können. Nicht wenige, so scheint mir, haben das heute vergessen. Die Jahre 1989 und 1990 waren „anni mirabilis“. Noch nie gab es in Mitteleuropa in kürzerer Zeit und weithin friedlich derartige Systemverschiebungen – wohlgemerkt hin zum Besseren, zu Pluralismus und Freiheit, zu einer demokratischen Verfassungsordnung.

Dasselbe galt für die mitteleuropäischen Volkswirtschaften, denen Transformationen ungeahnten Ausmaßes bevorstanden. Jedoch gab es hier nirgends Blaupausen, keine Szenarien warteten auf ihre Umsetzung. Alle Seiten waren unvorbereitet. Was es gab, das war das Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft, so wie sie sich in der Bundesrepublik Deutschland entfaltet hatte.

Es folgten in Ostdeutschland Jahre des enormen Aufbaus. Über zwei Billionen Euro, eine Zahl mit zwölf Nullen, flossen in Form von Investitionen und Sozialtransfers in den „Aufbau Ost“, der aber immer ein gesamtdeutscher Zusammenbau war. Zumindest was Sachsen angeht, so halte ich die Entwicklung für weithin gelungen. Wir haben wieder eine funktionsfähige mittelständische Wirtschaft. Die Ansiedlungspolitik der 1990er Jahre trägt heute Früchte und führt Sachsen langsam zurück zu alter Stärke.

Aber es waren auf ihre Art auch „anni miserabiles“, Jahre großer Verwerfungen, welche die Deutsche Einheit nach sich zog. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat jüngst auf die „Härten des Umbruchs“ hingewiesen. Kaum ein Stein blieb im Osten auf dem anderen – baulich, menschlich, gesellschaftlich. Während viele im Westen „den Umbruch und seine Folgen eher aus der Distanz“ (Frank-Walter Steinmeier) erlebt haben, war im Osten fast jede Familie direkt betroffen gewesen.

Trotzdem, da will ich nicht falsch verstanden werden, ist die Deutsche Einheit geglückt. Sie ist nicht nur demokratisch, sondern vor allem auch ökonomisch geglückt. Ich nenne einige Punkte:

- Drei Viertel der Ostdeutschen sind der Meinung, die Wiedervereinigung habe ihnen mehr Vorteile als Nachteile gebracht. Das ist der übergroße Teil. Dem unzufriedenen Viertel müssen wir uns verstärkt zuwenden.
- Die kaufkraftbereinigten Einkommen sind in Ost und West nah beieinander, die Arbeitsproduktivität hat sich im Osten seit 1991 verdreifacht – hier läuft der Aufholprozess.
- Die Arbeitslosigkeit ist in Ostdeutschland massiv gesunken, der Bevölkerungsverlust durch Wegzug ist gestoppt, ja der Trend hat sich sogar umgekehrt.
- Und: Hochtechnologie sowie Exzellenz sind wieder in Sachsen zuhause.

Ich finde, das sind sichtbare Erfolge, die mir in den vergangenen Monaten der neuerlich aufgeflammtten Ost-West-Debatte deutlich zu kurz kamen. Im 30. Jahr der friedlichen Revolution, des Mauerfalls, sollten wir offener diese Positiva ansprechen.

Die Garanten für diese Entwicklung waren neben dem Fleiß der Menschen vor allem Demokratie und Marktwirtschaft. Sie müssen wir stets bedenken. Sie stehen für Stabilität und Wohlstand.

Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie – es waren jene Ideen, die 1989 im mitteleuropäischen „Bürgerfrühling“ intensiv aufgerufen wurden. Der demokratische Aufbruch der friedlichen Revolution in der DDR fand seine Entsprechung im deutschen Grundgesetz, dessen 70. Geburtstag wir in diesem Jahr gefeiert haben.

Meine Damen und Herren, ich halte das Grundgesetz für einen Glückfall der deutschen Geschichte. Es gibt uns die zentralen Möglichkeiten zum Gelingen unserer Demokratie an die Hand. Es ist darüber hinaus die Grundlage für wirtschaftliche Prosperität.

Weil das Grundgesetz unser Zusammenleben auf eine freie und pluralistische Basis stellt, ist es eine gefährdete Errungenschaft. Denn Freiheit und Pluralität sind einigen eben leider auch ein Graus. Anderen ist nicht klar, dass es dazu keine auch nur ansatzweise erstrebenswerte Alternative gibt.

Der Verfassungsrechtler Dieter Grimm hat zuletzt in einer Rede im Sächsischen Landtag darauf hingewiesen, wie jüngst besonders populistische Parteien dagegen vorgehen und „die verfassungsrechtlichen Grundsätze für den Austrag politischer Gegensätze bekämpfen“. Hier dürfen wir keinen Millimeter weichen! Wer die Verfassung und ihre Grundsätze als „Hindernis der Vollstreckung des Volkswillens“ diskreditiert, der legt die Axt an die Wurzeln der verfassten Demokratie.

Das betrifft übrigens die gesamte Bundesrepublik. Das ist kein ostdeutsches Spezifikum, auch wenn die Veränderungen hier wohl schneller und schärfer ablaufen. Die jüngsten Landtagswahlergebnisse sind ostdeutsche Tatsachen, aber sie entsprechen eher der europäischen Realität und nehmen – so befürchte ich – die Entwicklung im Rest des Landes vorweg. Die Volksparteien schrumpfen, Populisten erstarken, demokratische Stabilität schwindet.

Während unsere parlamentarische Demokratie sowie deren Gefährdung durch Populismus in aller Munde ist und regelmäßig Stimmen der Mäßigung erklingen, redet kaum einer über die Soziale Marktwirtschaft. Dabei ist sie seit nunmehr 70 Jahren das Erfolgsrezept für den Wohlstand in Deutschland. Allenfalls ein kleiner Kreis von Ordnungsökonomien wird nicht müde, darauf hinzuweisen und vor Fehlentwicklungen zu warnen. Denn neben den politischen gibt es auch die ökonomischen Populisten, die alles Mögliche fordern, ohne Rücksicht auf Systemverträglichkeit.

„Soziale Zielsetzungen“ und „Individuelle Freiheitsspielräume“ bilden seit jeher die ideellen Eckpfeiler der Sozialen Marktwirtschaft. Wettbewerb, Konkurrenz und ökonomische Handlungsfreiheit hier, sozialer Ausgleich durch ein System sozialen Schutzes dort. Walter Euckens Diktum, der Staat könne nur verteilen, was vorher produziert würde, ist der Wesenskern der Sozialen Marktwirtschaft.

Diesen Wesenskern sehe ich unter Druck. Die einen wollen das Soziale überdehnen, die anderen fordern eine „Wirtschaftspolitik der Experimente“, wie Walter Eucken es einst genannt hat, eine Wirtschaftspolitik der „großen Würfe“, die umso konsequenter ihre großen Ziele verfolgt, je weniger sie im Einzelnen durchdacht ist. Wir können das gut anhand der Debatte um den Klimawandel beobachten. Hier ist einigen Apokalyptikern jedwedes Maß abhandengekommen.

Meine Damen und Herren, ich bin ein Freund der Nachhaltigkeit. Sie ist ein zutiefst konservatives Anliegen. Aber Nachhaltigkeit kann niemals Selbstzweck sein. Und schon gar nicht darf sie panisch unsere Wettbewerbsfähigkeit aufs Spiel setzen. Sollten wir noch stärker auf einen Subventionswettbewerb im Klimaschutz zusteuern, anstatt die Marktmechanismen klug zu nutzen, dann wird das der Sozialen Marktwirtschaft nicht guttun. Dasselbe passiert, wenn wir durch hysterische Reaktionen in Medien und Politik ganze Wirtschaftssektoren gefährden. Wo bleibt hier die Stimme der Vernunft? Wo sind hier die Rufe nach Mäßigung?

Stabilität und Wohlstand, beides zeichnet das wiedervereinigte Deutschland 30 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer aus. Demokratie und Soziale Marktwirtschaft sind ihre nicht selbstverständliche Basis. Sorgen wir alle dafür, das durch kluges Handeln zu bewahren. Halten wir die Demokratie lebendig und die Wirtschaft wettbewerbsfähig – nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.